

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das "Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisations- und amtlichen Organen. Erscheinungsort: Halle. Druckerei: G. W. Müllerstr. 6. Vertriebsstellen: Halle, 240/26, 240/28, 240/30. Vertriebsstellen: Halle, 240/26, 240/28, 240/30. Preis: 15 bis 14 Ufr. — Unverlangt eingehenden Manuskripten ist Recht das Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 2,00 und 0,30 Ufr. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,30 Ufr. für Abholer wöchentlich 0,50 Ufr. Beilagenpreis 2,30 Ufr. durch Postboten 2,50 Ufr. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,00 Ufr. — Einzelheft 13 Ufr. im Einzel- und 50 Ufr. im Restemittel der Zeitungen. Hauptvertriebsstelle: G. W. Müllerstr. 6. Fernruf 240/26, 240/28, 240/30. Postfachkonto 20319 Urturf.

Die Aufgabe des kommenden Kampffjahres

Reichsbanner wacht!

Warnung an die Feinde der Republik

Die Pressestelle des Reichsbanners teilt mit:

Der Bundesrat des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold trat am 27. Dezember zu Berlin zu der angeklügten Sitzung zusammen. Nach einleitendem Referat des geschäftsführenden Vorsitzenden Hiltmann wurden in eingehender Aussprache die durch die Verschärfung der Lage notwendig gewordenen weiteren Maßnahmen erörtert.

Die Zusammenkunft der Reichsbannerführer aus allen Gauen Deutschlands war getragen vom festen Willen, in der neugebildeten Einheitsfront aller verfassungstreuen Parteien und Organisationen mit den Todfeinden der deutschen Republik im kommenden Kampffjahr endgültig Schluss zu machen.

Zwischen Weihnachten und Neujahr

Die Weihnachtstage, die Tage der Ruhe und Besinnlichkeit, sind vorüber. Für Millionen Volksgenossen waren diese Weihnachtstage kein Fest — die Not hat sich gewaltig ausbreitet. Auch den Tagen der Ruhe muß der Kampf gegen die Not erneut aufgenommen werden. Die deutsche Sozialdemokratie kämpft darum, daß dem Volke die Erfolge der Kampfbereitschaft gegeben wird, die es braucht.

Da begrüßen wir den kampfbereiten Aufbruch des Reichsbanners, das Seite an Seite mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften die Republik schützen will, die die einzige Grundlage des Wiederaufbaues des deutschen Volkes ist. Mit den Feinden des Volkes wird und wird Schlus gemacht werden! Das Reichsbanner wacht und wir begrüßen es in seiner Kampfbereitschaft.

Millionen Volksgenossen sind bereit, mit aller Kraft gegen den Volkverderber um Hilfe zu kämpfen, die seit nunmehr sechs Monaten um die Macht in Reich und Staat kämpfen, ohne daß sie ihr Ziel erreicht hätten. Die Sozialdemokratie hat ihnen den Weg verweigert. In ohnmächtiger Wut beschimpfen die Hattenverleger die Partei des schaffenden Volkes, die nicht gewillt ist, politischen Verbrechen und Verleumdungen die schamlose Macht freiwillig zu überantworten. Seit sechs Monaten hören die Bürger um Hilfe, daß sie „morgens die Macht bekommen“ werden, nur mühsam kann Hilfe seine blutigeren St. halten — aber Tag für Tag, Woche für Woche,

Monat für Monat sind vergangen, ohne daß Hilfe sein Ziel erreicht hätte.

Trotz aller Not, trotz aller Niederlagen, trotz aller Trübsal unserer Tage dürfen wir auf diesen politischen Erfolg stolz sein.

Wenn wir weiter treu zur Partei stehen, wenn wir weiter treu im Reichsbanner kämpfen, wenn wir die Gewerkschaften und alle anderen Arbeiterorganisationen unerschütterlich stützen, dann werden wir Mitte im kommenden Jahre von der Macht fernhalten, von jener Macht, die er schon im nun vergangenen Jahre 1931 ergraben wollte. Die gewaltige Macht der Arbeiterorganisationen ist nicht zu brechen, wenn sie treu und einig zusammen halten. Diese Einigkeit wird das politische Verbrechen der Nationalsozialisten und Kommunisten überwinden — dann aber beginnt der neue Aufstieg des schaffenden Volkes bis zur endgültigen Erringung einer Wirtschaftsform, die keine Menschen hungern läßt. Wir müssen uns schon zwischen Weihnachten und Neujahr für die kommenden Kämpfe des Jahres 1932 rüsten. Entweder werden die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen den verbrecherischen Faschismus Ordnung schaffen, oder das Deutsche Reich geht zugrunde.

Wir sind überzeugt, daß der Faschismus niedergeboren wird, dann mehr denn je, die heute noch Republik um Hilfe beschimpfen!

Forderung nach sinnvoller Neugestaltung Europas

„Übermenschliche Aufgaben“

Sozialistische Anerkennung aus den Niederlanden für Deutschlands Arbeiterschaft

Amsterdam, 27. Dezember. (Eigenbericht.)

Anlässlich der alljährlichen großen Weihnachtssitzung der Arbeiterkameradschaften im Kongresshaus sprach Albaro, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Kammer, in seiner Rede den Sozialdemokratischen Parteien in Deutschland und Österreich wegen der von ihnen zu erfüllenden übermenschlichen Aufgaben namens der niederländischen Arbeiterschaft die Wünsche der Solidarität und Zusammenarbeit aus.

Unter dem Hinweis auf die mehr als 20 Millionen Arbeitslosen auf der Welt erklärte Albaro, daß die jegliche Krise nicht überwunden werden könne, wenn nicht die aus dem Kriege sich ergebenden finanziellen Verpflichtungen vermindert oder gestrichen würden. Die heutige politische Einstellung unserer Weltteils entsprechende Anforderungen unserer Zeit nicht mehr. Die Zentralisierung der Staaten Europas zu einem einheitlichen Bund sei die dringende Forderung der Gegenwart.

Der Redner verlangte entscheidenden Kampf der Arbeiterschaft für nationale und internationale Abrüstung. Der Krieg ist heute nur noch ein Völkermord größten Ausmaßes. Der Wiederaufbau der Rüstungsindustrie könne allein durch eine große internationale Aktion getroffen werden.

Bulgarien schafft Arbeit

Der bulgarische Handelsminister will versuchen, etwa 30 000 Arbeitslosen Arbeit zu beschaffen. Er hat zu diesem Zwecke den Ministern einen Plan vorgelegt, nach dem viele öffentliche Bauten, wie Brücken und Straßen, ausgeführt werden sollen. Zur Durchführung des Plans werden etwa 3,2 Milliarden Mark benötigt, wobei man auf die Hilfe des Internationalen Arbeitsamts rechnet. Alfred Thomas, der Leiter des Arbeitsamts, hat jedenfalls für den Plan großes Interesse.

Flammenwerfer? — Dreckschleuder! Kampfmethoden des Nazismus

Der „Marmor“, die rührige antisozialistische Wochenchrift veröffentlicht ein Schreiben der nationalsozialistischen Reichsleitung an die Gaupropagandaleiter, in dem zur Materiallieferung für eine monatlich in Millionenauflage erscheinende Druckchrift „Der Flammenwerfer“ aufgefodert wird. Es geht daraus hervor, daß die Partei, die sich zweifellos rühmen kann, die meisten wegen gemeiner Delleit Hochschafften in ihren Reihen zu haben, die bisher auch weiter ihren Kampf mit den Mitteln persönlicher Berührungsforderungen zu führen gewillt ist. In diesem Schreiben liest man:

Um den „Flammenwerfer“ zu einer schlagkräftigen Angriffswaffe zu gestalten, ist die Mitarbeit sämtlicher Gaupropagandaleitungen notwendig. Die Reichspropagandaleitung ersucht deshalb alle Gaupropagandaleiter um Zubehören von demersträftigem Angriffsmaterial gegen KPD, SPD und Zentrum. Großer Wert wird auf die Übermittlung von aktuellen Unterlagen über: Korruptionsfälle, Betrug, und Befeldungsaffären, Unterschlagungen, Mißbräuchlichkeit in den Betrieben und Bermaligungen, Kränkungen bekannter Personen usw. gelegt.

Wichtigste ist die KPD für Einföndung von Lichtbildern, die propagandistisch ausgenutzt werden können, banfbar.

Da in den verschiedenen Gau-Archiven ein unferer Gegner schoner befaßendes Material vorhanden ist, das jedoch aus finanziellen und zweckmäßigen Gründen nicht im entsprechenden Maße ausgenutzt werden kann, ersuchen wir die Gaupropagandaleiter durch sehnliches Ueberlassen dieser Unterlagen zu unterstützen.

„Flammenwerfer“ heißt er, Dreckschleuder ist er

Die Guillotine arbeitet . . .

Zu Weihnachten zwei Hinrichtungen in Frankreich

Paris, 27. Dezember. (Eigenbericht.)

Am zweiten Feiertag sind in Frankreich zwei Hinrichtungen erfolgt. In Paris mußte ein junger Mann aus einer wohlhabenden Familie, der aus Sensationslust einen Raubmord an einem Pelzer Juwelier verübt hatte, die Guillotine bestiegen. In Lyon wurde ein blinder Unteroffizier eines tunesischen Schützenregiments hingerichtet, der in der Trantenlinie einen französischen Feldwebel ermordete, einen Landsmann und die Frau eines französischen Sergeanten schwer verletzte und dann einen Selbstmordversuch unternommen hatte, der den Verluft seines Augenlichts zur Folge hatte.

Der Krieg im Fernen Osten

Die japanische Front über 240 Kilometer lang

Nach einem Bericht im „Daily Express“ hat jetzt die japanische Front eine Ausdehnung von 240 Kilometer angenommen. Der Krieg im Fernen Osten geht noch immer weiter. Nordöstlich und südwestlich von Mukden will man die chinesischen Kräfte eintreiben und sie so unschädlich machen. In der Mandchurie sollen neue japanische Truppen und Flugzeuggeschwader eingetroffen sein.

Schweres Kraftwagenunglück

Drei Personen getötet

Aus Clegny wird gemeldet:

In der Nähe von Clegny bei Deltaau stürzte am Sonntagmorgen ein der Konkurrenz nach Aland ein Kraftwagen um, wobei drei Personen tödlich verunglückten. Die beiden weiteren Insassen kamen mit leichten Verletzungen davon.

Man fürht das Unglück auf Uebermüdung des Kraftwagenführers zurück.

Steigende französische Arbeitslosigkeit

Unzulängliche Zahlenangaben

Paris, 27. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Zahl der arbeitslosig unterfertigten Arbeitslosen ist in der Woche vom 12. bis zum 19. Dezember von 116 176 auf 131 074 gestiegen. Von diesen Arbeitslosen entfallen allein 78 910 auf Paris und die Vororte.

Daß diese Ziffer der Wirklichkeit auch nicht im geringsten nahe kommt, geht schon aus der Tabelle hervor, daß in der Berichtswoche 162 734 Stellenrubenden in den amtlichen Stellenanzeigen Arbeit verschafft werden konnte.

Stuttgarter Schloßbrand geht weiter

Ueberanstrengung der Feuerwehr

Stuttgart, 27. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Brand des alten Schlosses in Stuttgart dauerte auch am Sonntag, eine Woche nach seinem Beginn, noch an. In der Nacht zum Sonntag gab es im Ostflügel über der Zentrale einen Zusammenbruch, dem vermutlich noch weitere folgen werden. Der Brandverderber wird wieder mit verstärkten Kräften bekämpft, doch ist das Ballengewehr so verest, daß es sehr schwer hält, an den Herd des Feuers unmittelbar heranzukommen.

Der Stuttgarter Branddirektor Müller ertilt an den Feiertagen infolge der Ueberanstrengung und Auszehrung einen schweren Zusammenbruch und ist durch Herz- und Muskelermüdung aus Bett gefesselt. Er wird vorläufig durch den zweiten Beamten der Stuttgarter Feuerwehr, Deunt Deunt, vertreten.

Die Angeklagten im Heildorf-Prozess

Im Berliner Aufreftendamm-Prozess wurden zu Weihnachten von den 19 in Haft befindlichen Angeklagten 17 aus freien Juh gefest und die Hälfte freigelassen. Der Angeklagte Schiffer, der keinen festen Wohnsitz hat, und der zu einem Jahr und 9 Monaten Gefängnis verurteilte Angeklagte Mede bei dem Richterordner vorlegte, bleiben in Haft.

Anfrage gegen Brüggemann

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat gegen den früheren Depu- tationsminister Brüggemann eine Anfrage erhoben. Brüggemann wird beschuldigt, Vermögenswerte von über 100 000 Mark veruntreut zu haben.

Abbau bei den Metallangestellten

Der Schlichter hat die Gehälter der Angestellten der Berliner Metallindustrie auf Grund der Preisordnung um 15 Proz. herabgesetzt. Eine Herabsetzung des Kurzarbeitsabkommens hat der Schlichter abgelehnt.

„Der Young-Plan ist gesprengt“ Brüning und Dietrich über Washington und Basel

Erklärungen aus der Presse

Der der Presse erklärte Reichsanwalt Brüning den Basler Sachverständigenbericht. Er begann mit einem Dank an die deutschen Sachverständigen, die durch ihre Klugheit, Besonnenheit und Ruhe das Ergebnis erzielt hätten. Er deutete zwar in der Schärfe der Formulierung einen Rücktritt gegenüber dem Wiggins-Bericht des Sommers, da es ein Inkrement des Young-Planes darstelle, aber der Bericht habe für die kommende Regierungskonferenz nichts verbaut.

Durch seine Feststellungen hat der Bericht den Young-Plan gesprengt.

Die französische Auffassung ist zwar insofern berücksichtigt worden, als gesagt wird, daß Deutschland bei Wiederbeginn der Prosperität durch seine Beiträge in eine günstige Lage versetzt werde, aber der Bericht erklärt dann sofort, daß diese günstige Lage nur mit Hilfe der Empfehlungen des Zelles 4 des Berichtes erreicht werden könne. Der Bericht stellt die erste negative, mit Erfolg zurückgeleitete Etappe dar. Die Vorhelligkeit bei Formulierung des Berichtes wird in den Ländern, denen das Bewußtsein von den Wertungen der Arbeitslosenbedingungen aufgegeben ist, vielfach zu Enttäuschungen führen. Möglicherweise, daß die durch die Pariser Silberreden Bericht entstandene Beunruhigung über die deutsche Wirtschaftslage nunmehr überwunden sei. Die zweite Phase werde mit der Beendigung der Verhandlungen über die Stillhaltung abgeschlossen werden. Die Verhandlungen würden am 28. Dezember wieder beginnen und voraussichtlich zwei Wochen, wenn nicht länger, dauern.

Reichsanwalt Dietrich las die amtliche deutsche Auffassung in folgenden Formulierungen zusammen:

1. Der Young-Plan ist überholt. Er ist von Voraussetzungen ausgegangen, die nicht eingetreten sind.

2. Die Voraussetzungen sind im entscheidenden Punkt von den Staaten, mit denen Deutschland handelt, nicht zu denen vormalig die Vertragsbedingungen gehören, dadurch beseitigt worden, daß sie

in ihrer Handelspolitik das Gegenteil von dem tun, was sie fernerhin nach dem Plan hätten tun müssen.

3. Es ist ein Fall eingetreten, den der Young-Plan überhaupt nicht voraussetzt und es sind deswegen Maßnahmen notwendig, die außerhalb der Möglichkeiten des Young-Planes liegen, die nur von den Regierungen ergriffen werden können.

4. Werden solche Maßnahmen, die das Vertrauen wieder herstellen und die Voraussetzungen eines geordneten weltwirtschaftlichen Verkehrs neu schaffen, nicht getroffen, so sind die Folgen katastrophal für alle Wirtschaftsvölker Europas, aber auch der überseeischen Länder.

Baseler Kommentar aus Paris

Paris, 27. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Bericht des Baseler Sachverständigenausschusses wurde zuerst vom „Echo de Paris“ kommentiert. Die nationalpolitische Zeitung, die vor Beginn der Verhandlungen die Befriedigung ausgesprochen hatte, daß der französische Delegierte nicht genügend starken Widerstand gegen die englischen und deutschen Forderungen leisten würde, stellt zunächst mit Verbitteung fest, daß sie sich geäußert habe, erklärt dann aber, daß der Bericht, von dem man eine Auffassung über die deutsche Finanz- und Wirtschaftslage erwartet habe, zahlreiche Lücken enthalte. Er übergehe mit Stillschweigen die Finanzgebahrung der Reichsregierung. In Bezug auf die Reichsbahn habe es der Ausschuss unterlassen, zu sagen, daß sie eine viel geringere Schuldenlast zu tragen habe als andere europäische Eisenbahnen, und daß sie bei normaler Geschäftsführung aber wohl imstande sei, die ungehörlichen Annuitäten aufzubringen. Außerdem bemerke sich das „Echo de Paris“ darüber, daß die Sachverständigen nicht den Wert der im Ausland investierten deutschen Kapitalien haben feststellen können.

Republik — die Erlöserin!

Gesandnisse am Weihnachtsmorgen

In einem Berliner Blatt finden wir unter vielen anderen schmälzenden Weihnachtsbetrachtungen auch eine, die den schönen Titel trägt: „Deutsche Prinzen in neuen Besuchen — Parole: „Es wird gearbeitet!““ Darin wird getuschelt, welcher Art von neuen Besichtigungen sich die Sprösslinge ehemaliger Fürstentümer in republikanischen Deutschland — und nicht nur in der deutschen Heimat — hingeben. Vom Autokratie her sind sie zum Bankrott bei Tuglun, vom Stöberer der Fortwärtsschulen bis zum fahrlässigen Beifälligen — die „Königlichen“ und „Kaiserlichen“ Höflichkeit haben sich nach älterer Darstellung ganz mit der neuen Ordnung angepaßt. Somit ist arbeiten, wird niemand ihnen etwas in den Weg legen wollen. Die Republik gab ihnen, was die Monarchie ihnen verweigerte: Die Freiheit der Berufswahl, die Freiheit auch der persönlichen Lebensweise. Deshalb ist es ganz richtig, wenn in dem jüdischen Weihnachtsausflug die frohe Schlussfolgerung gezogen wird:

Nach vier Nachwuchs, der aus harter Tradition neue Wege sucht und froh dem Heine lebt, das auch „Höflichkeit“ nur nach ihrem Können versteht.

Das ist ein offenes Anerkennung, daß die Republik sich für die jüngere „Republik“ Garnitur als die Erlöserin darstellt, die sie befreite aus der Enge dynastischer Hausregeln und traditioneller Gebundenheit. Besonders eintrübend ist das Befremtliche, weil es in dem — deutlichen „Total-Anzeiger“ des Herrn Jugenberg steht, der gleiche Jugenberg, der in seiner politischen Propaganda sonst die Wiederherstellung der Hohenzollernmonarchie fordert! An der internationalen Weihnachtsstimmung aber können auch in dem sonst so monarchistischen Kleinbürgerpapier ganz revolutionäre Gesandnisse gebracht werden.

Für Kleinbauern und Pächter

Schaffung der Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft erreicht

In zahlreichen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften besteht infolgedessen eine ungenügende Ausstattung der Beiträge, als die kleinen Landwirte und Pächter prozentual weit stärker belastet werden als die Besitzer von Großbetrieben. In besonders hartem Maße war das bisher in der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für die Provinz Sachsen der Fall. Dort hatte nach den Angaben der „Boitstimmungs“ Magdeburg (Nr. 226), ein Besitzer von 1/2 bis 8 Morgen Land (500 Mk.), von 8 bis 16 Morgen Land 10 — 12 Mk. und darüber über von 1/3 Morgen Land war höher als die von ihnen zu zahlende Beiträge. Verantwortlich zu machen ist dafür der Landbund, der die Genossenschaftsverammlung befehligt.

Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei im Provinzialausflug für die Provinz Sachsen, den Genossenschaftsleiter der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft der Provinz Sachsen, haben kürzlich gegen die erwähnte Preisregelung einen scharfen Vorstoß unternommen. Er war nicht erfolglos. „Es gelang, den Mindestbeitrag von 8 — 12 auf 4 — 12 auf das Jahr 1932 herabzusetzen und Betriebe, die weniger als 1/3 Morgen groß sind, beitragsfrei zu lassen.

Damit ist für jeden, der leben will, erneut der Beweis erbracht, daß die Sozialdemokratische Partei von dem Schutz der kleinen Landwirte und Pächter nicht nur redet, sondern sich auch bemüht, ihn tatsächlich zu lassen.

Schuldenkonferenz am 18. Januar?

Wieder in Haag. — Nimmt Amerika teil?

Die französische Presse erklärt übereinstimmend, daß die bevorstehende Regierungskonferenz am 18. Januar in Haag eröffnet werden wird. Die französische Regierung betone, daß man sich mit der englischen Regierung auf diesen Zeitpunkt und diesen Verhandlungsort geeinigt habe. Den übrigen interessierten Regierungen sei ein entsprechender Vorschlag unterbreitet worden.

Washingtoner diplomatische Kreise lehnen es ebenso wie Stimmlen ab, sich über die bevorstehende Haager Regierungskonferenz zu äußern. Etwa hatte mit dem britischen Vorkonferenz eine Besprechung, über die aber von beiden Seiten jede Mitteilung abgelehnt wurde. Die Entscheidung darüber, ob Amerika an der Haager Konferenz teilnehmen wird, liegt beim Präsidenten, dessen Haltung zurzeit noch ungewiß ist.

anderer Jugenberg-Blatt findet dieses Ergebnis mager.

Die Wahrheit ist, daß das Baseler Dokument für die Reichsregierung eine sehr starke Waffe im Kampfe gegen die Reparationslasten bedeutet. Was der Pariser „Kampfs“ — auf den sich natürlich unsere Nationalisten mit Freuden berufen werden — verdrängen, daß sich die französische Seite in Basel durchgesetzt habe, und daß der Young-Plan als solcher durch das Gutachten nicht angefaßt worden sei, der Sinn des Baseler-Dokuments ist ein ganz anderer: Die Sachverständigen haben den Regierungen zugerufen, daß der Young-Plan ihnen heute, nach zweijährigem Verbleiben, überholt ist. Das ist nicht das Fazit, das der „Vorwärts“ sofort aus dem Gutachten gezogen hat, und das gleiche Wort hat dann der Reichsanwalt vor den Pressevertretern am Donnerstag vormittag gebraucht. Das Pariser Einverständnis „Sei Solit“ geht sogar weiter und spricht es offen aus: „Der Young-Plan ist tot!“

Der Sinn des Gutachtens

Die Beurteilung des Ergebnisses von Basel

Der Baseler Bericht hat das politische Weihnachtsgeschäft der Redits- und Einkraftsdaten verborgen. Dieses Geschäft besteht ja grundsätzlich nur in der Aufpeitschung der nationalitätlichen Weidenshaften und in dem Nachweis, daß Deutschland ausgenutzt von einer Niederlage zur anderen eilt, und daß keinerlei Aussicht besteht, jemals das System der Reparationslasten mit friedlichen Mitteln der Verhandlungen zu überwinden. Eine halbwegs laute und objektive Kritik des Baseler Gutachtens müßte selbst die schärfsten Feinde der bisherigen Verhandlungspolitik zu der Schlussfolgerung veranlassen, daß eine neue Grundlage geschaffen werden ist, auf der das deutsche Volk mit weit besseren Erfolgsaussichten als je zuvor den Kampf um die Befreiung dieser drückenden Lasten aufnehmen kann. Eine solche Erkenntnis wäre aber zugleich das Gefährliche, daß die Methode der Verhandlungen gar nicht so überholt ist, und daß sie viel sicherer und ungefährlicher zum Ziele führt als jede Diplomatiepolitik.

Vor diesem Eingeländnis schrecken natürlich die Apostel des „Dritten Reichs“ ebenso wie die Verbürdner „Sowjet-Deutschlands“ zurück. Sie leugnen die einfach den erzielten Fortschritt und stellen das Gutachten des Sonderausschusses als eine neue deutsche Niederlage dar.

„Tributverweigerung in Basel. — Frankreichs Sieg.“ Das ist die chauvinistischste aller Ueberformeln in der Berliner Presse. Und wo steht sie? In der kommunistischen „Welt am Abend“!

Daneben sind ja die Ueberformeln „Eine Nationalgeburt — Klagen, aber kein Entschluß“ geradezu zahlreich. Sie stehen im nationalsozialistischen „Angriff“. Damit wohl abermals die kommunistische These bewiesen wird, daß es Hitler und Goebbels mit der Befreiung der Tribute gar nicht Ernst ist und daß nur die Unintentionen unter Thälmanns und Müngensbergs Führung für die nationale Befreiung Deutschlands eintreten.

Schon erheblich stärker als in den Spalten des Naziblattes ist die Tonart des Großagrariersorgans. Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeichnet das Gutachten als „faules Kompromiß“ und als „Reinbrot“. Bei Jugenberg gibt es zwei Besarten: Der „Total-Anzeiger“ spottet über das „magere Ergebnis“ und ist mir über eine Stelle des Berichtes höchst befriedigt: jene nämlich, die Kritik am deutschen System des Finanzausgleiches übt. Die „Macht-Ausgabe“ hingegen verurteilt: „Weihnachten 1931 hat die Welt endlich erkannt: Young-Plan Schuld an der Welt-Voll“. Das ist es, was dieses Jugenberg-Blatt aus dem Gutachten herausliest. Aber das

Raubmord zu Weihnachten in Berlin

Geschäftsführer vom Zigarrengeschäft Loefer & Wolf erschossen

In den Vormittagsstunden des ersten Feiertages wurde in der Berliner Innenstadt ein kurzhaariger Verbrecher entdeckt. Das Opfer ist der 66 Jahre alte Filialleiter Gustav Guth aus der Donaustraße 119, Neukölln, der in dem Zigarrengeschäft der Zigarrenfirma Loefer & Wolf in der Mohrenstr. 63/64, Ecke Mauerstraße, erschossen aufgefunden wurde. Es liegt Raubmord vor.

Guth war ein berühmter Angestellter, der viele Jahre bei der Firma Loefer & Wolf tätig war, er sollte zum Jahresende pensioniert werden. Nach den bisherigen Ermittlungen und Zeugnisaussagen ist der Filialleiter wahrscheinlich schon am Heiligabend kurz nach Geschäftsschluss, vermutlich in dem Augenblick, als er mit der Kassenabrechnung beschäftigt war, überfallen und niedergeschossen worden. Am Donnerstagsabend, als die Familie des Ermordeten bereits unter dem Tannenbaum versammelt war, merkte man vergeblich auf die Heimkehr des Mannes. Als Stunde um Stunde verstrich und Guth noch immer nicht in seiner Wohnung erschien, suchten seine Angehörigen nach ihm. Man glaubte zunächst, daß ihm ein Unfall zugefallen sei; die Nach-

forschungen nach dieser Richtung verliefen jedoch ergebnislos. Schließlich suchten die Angehörigen am Vormittag des ersten Feiertages das Geschäft in der Mohrenstraße auf. Die Tür war eingeklinkt, die Jalousie heruntergelassen. Jetzt spähte man einen Verdacht und rief die Polizei.

Die Beamten fanden den Vermissten in einem kleinen Raum hinter dem Laden tot auf. Durch zwei Bruchstücke war sein Hinterkopf getroffen worden. Der Tod ist offenbar auf der Stelle eingetreten. Die Marktkommission des Polizeipräsidiums nahm sofort die Ermittlungen auf. Es ist verucht worden, den Hergang der Tat zu rekonstruieren. Zwei Möglichkeiten ergeben sich für den gewalttätigen Tod des Filialleiters. Entweder handelt es sich um einen Überfall durch jüngere Burschen, die mit vorgehaltener Pistole von Guth die Herausgabe der Kasse verlangten, dabei aber auf den Widerstand des Mannes stießen und ihn dann niederschlugen. Den toten Körper schleppten sie dann in den hinteren Raum, plünderten die Kasse und flüchteten. Die andere Version läßt die wahrscheinliche Vermutung zu, daß Guth nach Geschäftsschluss noch einen ihm nicht bekannten Kunden herein gelassen hat, der den Abrechnungsbogen in der Kasse im Verlaufe eines Gesprächs hintertriebs erschoss. Etwas 300 Mk. fand man über den Toten in die Hände gefallen.

Bund religiöser Sozialisten

Pfarrer Ederit endgültig erzieht

Der im Oktober dieses Jahres von der Sozialdemokratischen Partei übergetretene Mannheimer Pfarrer Erwin Ederit, der bis zu diesem Frontwechsel auch 1. Vorsitzender des Bundes der religiösen Sozialisten war, führt nach der inzwischen erfolgten Rückkehr von einer lehrschweigenden Auslandsreise einen demagogischen Kampf gegen die Sozialdemokratie und macht sich ebenso gegen seine ehemaligen Freunde im religiös-sozialistischen Lager. Er fordert die Auflösung des Bundes und bekräftigt die jetzige Bundesführung. Dazu wird uns vom Vorstand des Bundes religiöser Sozialisten geschrieben:

Nach dem Uebertritt Ederits zur SPD. übernahm zunächst der bisherige 2. Vorsitzende den ersten Vorsitz und vorübergehend auch die Geschäftsführung. Die Befragung der Landesverbände ergab die Notwendigkeit einer endgültigen Veränderung in der Bundesführung. Der Vorstand beschloß daraufhin unter nochmaliger Bestätigung des Grundbeschlusses, daß der Bund seinen Mitgliedern die Zugänglichkeit zu einer bestimmten sozialistischen Partei nicht zu-

schreibt, in Rücksicht auf die künftige Tätigkeit Ederits als agitator der kommunistischen Partei, bei Bewertung seiner Persönlichkeit und im Hinblick auf die Zusammenfassung der Mitgliedschaft, einmütig ihn zu eruchen, auf den Vorsitz, die Geschäftsführung und die Redaktionsführung des „Religiösen Sozialisten“ zu verzichten. Er bat Ederit weiter Mitglied des Vorstandes zu bleiben. Ederit bat dieses Angebot abgelehnt.

Im Verlauf der mit ihm geführten Verhandlung wurde deutlich, daß Ederit nur noch an dem Bund interessiert bliebe, wenn der Bundesvorstand bereit gewesen wäre, künftig einseitig kommunistische Politik zu treiben. Der Bundesvorstand mußte das im Hinblick auf die Bundesgrenzläufe und die Zusammenfassung der Mitgliedschaft ablehnen. Daraus erfolgte Ederits Austritt aus dem Bund religiöser Sozialisten. Alle inzwischen unternommenen Bemühungen Ederits, den Bund zu erzhältern, sind gescheitert. Der Bundesvorstand, dem die Sozialdemokraten Öhring-Berlin, Dr. Dietrich-Mannheim, Prof. Fuchs-Rietz, Mertens-Frankfurt, Landtagsabgeordneter Kreis-Rudolfen, Prof. Winifrid-Warburg und der Schriftleiter des Blattes Pf. Dr. Schenkel-Stuttgart angehören, wird die Aufgaben des Bundes weiter verfolgen. Er wendet sich an alle Freunde im Lande, ihn bei seiner künftigen Arbeit noch mehr als bisher zu unterstützen.

Vorbei

Vorüber ist das Weihnachtsfest mit seinen Jubelklängen. Im Schranke liegt ein Stollenrest, und manche arme Seele läßt enttäuscht die Flügel hängen.

Dito Dienide.

Zwischen den Besten... Bilanzrechnung vom Fest am „vierten“ Feiertag

„Dritter Feiertag“ —ardon, diesmal heißt es „viertes Feiertag“ — so wird der erste Alltags nach dem feste bekanntlich von Leuten genannt, die von Festtagen nicht genug kriegen können und die deshalb vom Beispiel auch heute noch nicht mit der Republik ausgeführt sind, weil sie ihnen des schönen Kaisersgeburtstag genommen hat.

Waisch. Trübe schaute der erste Feiertag drein. Aber es meinten Frühlingsläute. Am zweiten und dritten Feiertag ließ sich dann auch ab und zu die Sonne blicken, und so gab es diesmal, entgegen allen Wetterpropheten, ausgeprochen grüne Weihnachten.

Abgesprochen — tödlich verunglückt

Zweiöcher Unfall am 2. Feiertag Am 2. Feiertag unglücklich sprang in der Wetzlarer Straße ein 17jähriger Bäckersohn von einem in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen ab und kam so unglücklich zu Fall, daß er von dem Wagnerswagen überfahren wurde. Die schweren Verletzungen bewirkten seinen sofortigen Tod.



Das letzte Aufatzen.

„Komm fe meine Dams — Ne Mut! — Ruffschrei! — Dreißig Jahre — die kriechen Se noch von uns, wenn fe dan Boom mitnahm...“

In Halle herrichte „Weihnachtsfriede“

Diese Bilanz ist natürlich subjektiv und privat. Daneben gibt es auch noch eine objektive und öffentliche. Auch sie stimmt mit gemäßigten Befürwortern an. Die Verhältnisse in der Reichshälfte ist recht erhellend. In Halle wurden in der Zeit vom 21. bis 27. Dezember insgesamt 64 889 (gegen 61 822) Fahrkarten verkauft.

Was die Posterei von den Feiertagen zu melden hat, ist dagegen weniger erfreulich, aber in Vergleich zu den Vorjahren recht erträglich. Das Ueberfrachten wurde nur diesmal einzigermaßen, und zwar dreimal zur Schlichtung von Streitigkeiten und einmal zu einer vergeblichen Einbrecherjagd.

besonders feine Arbeit, die fe selbst in dem mit Sand bestreuten Straßen nur mühsam vorantreiben konnte. Bei der Gasbeheizung handelte es sich um eine in der Gr. Ulrichstraße wohnende Frau, die durch Einatmen von Rauchgas sich das Leben nehmen wollte.

Freudlich ist, daß der politische „Weihnachtsfriede“ gut einzuhalten wurde. Es wird wohl feinem politischen Aufschwung während der Feiertage berichtet. Ein Zeichen dafür, daß dieser Wunsch tatsächlich eine erlebte Wirkung nicht abgesprochen werden kann.

Konzeption für den Milchhandel

Interaktion des Milchgeschäftes am 1. Januar 1932. Das Milchgeschäft vom 30. Juli 1930, die Verordnung über das Ansoforttreten des Milchgeschäftes vom 15. Mai 1931, die Erste Verordnung zur Ausführung des Milchgeschäftes vom 15. Mai 1931 und die Zweite Verordnung zur Durchführung des Milchgeschäftes vom 16. Dezember 1931 treten am 1. Januar 1932 in Kraft.

„Braunes Haus“ ohne Holzentzug

Freudlich ist immer verstanden die heillosen Nazis, das Abgebenverbot, wenigstens zum Teil, zu umgehen. Als waren fe schon „Derrdler“, sogen sie an ihrem „Braunes Haus“ am Lohseplatz ihre Holzentzugsfirma auf, als gäbe es kein Abgebenverbot.

Ferfall von Leunahagen

Da im Leunahager Sonnabend die Lagerstätte anstößt, bestehen vom 4. Januar 1932 an die folgenden Verkaufsbedingungen: 1. Verkaufsmenge 7.03 (im öffentlichen Straßenfall nicht bekanntgegeben), Personenzug 2050 W, Halle ab 6.50, Seuna am 7.30, Personenzug 813 W, Leunahager ab 17.00, Halle ab 17.28, Personenzug 2053 SA, Seuna ab 13.35, Halle ab 14.03.

Bitte zahlen! Der mit der Forderung der Geschäfte des Vorstandes der Allgemeinen Distriktsklasse Halle vom 8. Dezember 1931

Der Vorstand der Allgemeinen Distriktsklasse Halle vom 8. Dezember 1931 beantragt Kommissar Forster in einer Bekanntmachung im heutigen Amtsblatt, alle rückständigen Beiträge zur Klassen- und Arbeitslosenversicherung, die durch Wohnsteuern angefordert worden sind, bis zum 31. Dezember 1931 einzubringen, andernfalls unverzüglich Forderung erfolgt.

Mietermäßigung bei Neubauten und bei Bauten gemeinnütziger Wohnungsunternehmen

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Ueber die Mietermäßigung auf Grund der Werten Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 sind in der Öffentlichkeit vielfach irrige Vorstellungen entstanden, namentlich soweit die Werten der Neubauten in Frage kommen. Hinsichtlich dieser Werten bestimmt die Verordnung in ihrem zweiten Teil (Wohnungsverordnung), Kapitel II, (Mietermäßigung) § 2, daß fe der Mietpreis ab 1. Januar 1932 anteilig um den Betrag ermäßigt, um den die Belastungen des Grundstücks durch die Zinsentlastung, die ebenfalls in der Verordnung geregelt ist, gemindert werden.

Die Zinsentlastung und damit auch die Wertenentlastung am stärksten auswirken. Aber auch hier wird es nur wenige Fälle geben, in denen die Senkung bis zu 15 Prozent der bisherigen Werten ausmacht, nämlich nur dann, wenn etwa 60 bis 70 Prozent der Gesamtbaufkosten mit fege neueren, über 8 Prozent liegendem Kapital finanziert wurde.

Die Wertenentlastung hat selber die Werten der Werten in Neubauten zu senken, aber auch der Werten der Neubauten, die an der Wertenentlastung der jetzigen Werten nicht das geringste Interesse haben, nur ganz unzulänglich berücksichtigt. Die Werten in den Neubauten gehen wiederum, wie auch bei früheren Bestimmungen, erheblich schlechter gestellt als Werten in Altbauten, für welche die Wertenentlastung, abgesehen von den bisherigen Erleichterungen, praktisch weiter geht.

Die große Enttäuschung in den Kreisen der Neubauselbster ist deshalb verständlich. Diese werden sich bemühen müssen, daß baldig weitergehende Wertenentlastungen in den Neubauten möglich werden. Augenblicklich sind fe nicht in der Lage, eine größere Wertenentlastung vorzunehmen. Es können nur behauptet, daß die Wertenentlastung größere Wirkung gemacht wurde, als sich tatsächlich verwirklichen läßt. Dieses gilt jedoch für private, als auch für gemeinnützige Bauherren.

Für gemeinnützige Wohnungsunternehmen ist eine besondere Regelung in der Ausführungsverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 getroffen. Die gemeinnützigen Bauvereine, die vielfach einen sehr großen Wohnungsbedarf aus verschiedenen Bauperioden erhalten, sind bevorzugt, aber auch privilegiert, insofern das Grundkapital einer möglichst allgemeinen Wertenentlastung eine weitgehende Angleichung der Werten vergleichbarer Wohnungsunternehmen. Die Begründung hierfür liegt in dem gemeinnützigen Charakter, mit dem eine Versorgung bestimmter Bevölkerung, die etwa in der Infanzialität oder mit besonders billigen Geld gebaut worden sind, nicht vereinbar ist.

Aber auch dort, wo die aufgenommenen Hypotheken mit 7 oder 8 Prozent oder noch höher verzinst werden müssen, wird sich die Zinsentlastung nur in seltenen Fällen so auswirken, daß dadurch eine Wertenentlastung um 15 Prozent möglich ist. Es kommt im Einzelnen auch darauf an, welchen Anteil das neue Fremdkapital an der Gesamtfinanzierung hat. Bei demjenigen Bauherren, die bisher mit dem größten Anteil an Fremdkapitalien finanziert worden sind, wird

Die Dewog in der Krisenzeit

Kampf der Wohnungsnot!

Der Geschäftsbericht der Dewog (Deutsche Wohnungsgesellschaft) für das Jahr 1930 liegt jetzt vor. Der spätere Teil der Berichtsjahresrechnung ist für das Jahr 1930 fertig. Die Dewog hat sich mit ihrem eigenen Bericht erst freigesprochen, wenn die Wirtschaft der Wohnungsgesellschaften und die Wohnungsgesellschaften selbst berichtet werden. Am 1. September 1930 ist die Wohnungsgesellschaft fertig. Die Dewog hat sich mit ihrem eigenen Bericht erst freigesprochen, wenn die Wirtschaft der Wohnungsgesellschaften und die Wohnungsgesellschaften selbst berichtet werden. Am 1. September 1930 ist die Wohnungsgesellschaft fertig.

anfall für Angefallene und der Hannoverischen Bodenrentbank zur Verfügung gestellt wurden. Der Demog-Kontrollen im Jahre 1930 3 Millionen Reichsmark im Betrage von 24 Millionen Reichsmark.

Angefallene der verpfändeten Bausparbank hat die Dewog die Ende 1930 beschlossene Kapitalerhöhung von 1 auf 2 Millionen Reichsmark nur zu einem kleinen Teil durchgeführt. Die Kapitalerhöhung ist erst im Jahre 1931 durchgeführt worden. Die Kapitalerhöhung ist erst im Jahre 1931 durchgeführt worden.

Die Gewinn- und Verlustrechnung zeigt Gesamtergebnisse von 1,21 Millionen Reichsmark, gegen allgemeine Geschäftsverluste von 45.000 Reichsmark. Die Umsatzerlöse betragen 1,21 Millionen Reichsmark, gegen allgemeine Geschäftsverluste von 45.000 Reichsmark. Die Umsatzerlöse betragen 1,21 Millionen Reichsmark, gegen allgemeine Geschäftsverluste von 45.000 Reichsmark.

Zug entgleist

Sechs Verletzte bei einem Zugunfall. Lokomotive umgekippt

Am 2. Weihnachtstage, Freitag 24. Dez., hat sich auf der Sigmaringer Eisenbahn ein schwerer Zugunfall ereignet. Von den 742 Entsetzten der Lokomotive und zwei Personenwagen wurden schwer verletzt. Die Lokomotive wurde umgekippt und sechs Verletzte schwer verletzt. Die Lokomotive wurde umgekippt und sechs Verletzte schwer verletzt.

Der Mord am Telephon

Der New-Yorker Millionär J. William Schay wurde aus Mache-motiven von einem japanischen Hausgehilfe ermordet. Durch die Beschaffung eines Telephonapparates konnte die Tat sofort aufgedeckt und der Täter verhaftet werden. Der betreffende Telephonbeamte berichtete der New-Yorker Kriminalpolizei, daß er durch das Telephon des Millionärs die Adresse einer Frau erfuhr, die offenbar bei dem Reparaturwerkstatt eines Kammerfräulekens gearbeitet hatte. Die Beamten der New-Yorker Polizei konnten die Frau ermitteln, fanden sie durch Verleumdung fürchtbar und gerichteten die Aufmerksamkeit auf die Frau. Die Frau wurde verhaftet. Der Mörder entsetzte die Beamten in einem Kabinenversteck.

Kunstkauf in Paris

Die Pariser Maler und Bildhauer haben eine „Kaufhausausstellung“ organisiert, um ihre Kunstproduktion gegen Konkurrenz zu verhandeln. Die Ausstellung war ein großer Erfolg. Fleischer und Schneider, Bäcker und Rohlfäden lieferten Bilder und Statuen gegen Aufpreise auf Waren, die sie nun ihrerseits liefern wollen. Ein Rechtsanwalt erwarb von einem Bildhauer eine Statue gegen die Verpflichtung, den Künstler beim nächsten Prozeß zu vertreten.

Ein Calmette-Telegramm!

Die Donnerstagsausstellung im Bäder Calmette-Prozeß dauerte nur fünf Minuten. Es wurde mitgeteilt, daß die Kranheitsgeschichten der Kinder Verände und Senger spurlos verschwunden seien. Ferner verlor der Vorsitzende ein Telegramm von Prof. Calmette, in dem Calmette erklärt, er glaube nicht, daß Prof. Dr. Beck abhörl. menschliche Zuhörerhörsen in das BGD hineingedrückt habe, und daß er von persönlichen Ehrenpflichten und Würdetheitsdespektes überzeugt sei. Er behaupte die eventuellen Fehler, durch die das Unglück herbeigeführt sein könnte.

Wann kann gekündigt werden?

Die außerordentliche Kündigung von Mietverträgen

Zu den Vorschriften der Rotterdamer über die Mietkündigung sind vom Reichsjustizminister Durchführungsbestimmungen erlassen worden, die im Reichsanzeiger veröffentlicht wurden. Die wichtigsten Vorschriften sind folgende:

Nach der Rotterdamer ist die Kündigung ausgeschlossen, wenn der Vermieter auf Wunsch des Mieters in den Mieträumen besondere festgelegte bauliche Arbeiten vorgenommen hat.

Bei der Kündigung des Mieters in dem Gebäude, in dem er zum Kündigen, er muß auf Verlangen des Vermieters den früheren Zustand wiederherstellen. Für solche Fälle ist ein Widerverpflichtung für den Mieter vorgesehen; der Widerverpflichtung erfolgen und dem Vermieter bis zum 5. Januar 1932 zugehen. Befreiende Vorschriften werden für Mietverträge getroffen, bei denen der Mieter

Bausparverträge, Darlehens-, Mietverträge und dergleichen gegeben hat.

Wird er zu unterrichten, ob diese Leistungen nach dem Vertrag „abgemacht“ oder ganz oder teilweise zurückgezahlt werden sollen. Soweit sie „abgemacht“ werden sollten, findet eine Rückzahlung nicht statt. Soweit sie zurückgezahlt werden sollten, sind sie, soweit nicht vertraglich feste Rückzahlungstermine vorgegeben waren, erst in dem Zeitpunkt zurückzugeben, zu dem das Mietverhältnis nach dem Vertrag gekündigt werden könnte. Ansonsten, die zu oder anderweitig beendet werden würde. Kautelen, die zu oder anderweitig beendet werden würde. Kautelen, die zu oder anderweitig beendet werden würde. Kautelen, die zu oder anderweitig beendet werden würde.

Bestimmlich ist die Kündigung ausgeschlossen, wenn Vermieter und Mieter sich im Laufe des Jahres 1931 auf mindestens 20 Prozent Ermäßigung geeinigt haben oder noch einigen. Es genügt nicht, daß der Vermieter jetzt einseitig diese Ermäßigung von sich aus einleitet.

Die Kündigungsvorschriften gelten auch für Untermieter, Wähler und Unterpächter, sie werden jedoch ausgeschlossen, wenn ein ganzes wirtschaftliches Unternehmen verpachtet und dabei auch der Gebrauch von Gebäuden oder Räumen überlassen ist, und wenn sich hierbei die Lieberhaltung des Unternehmens als die Hauptpflicht des Verpächters darstellt.

Zur Behebung von Zwangslagen kann dem Mieter, das die Kündigungsvorschriften dem Mieter nicht greift, wenn er seit dem 15. März 1931 ebenfalls die Möglichkeit gehabt hätte, zu kündigen, bis zum 3. B. wenn der Vertrag vorliegt, daß am 1. Oktober zum 1. Dezember gekündigt werden kann, und er von diesem Kündigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat.

Massenreform an Unglücksfällen

130 Todesopfer des Verkehrs in Neuwoert

In den Vereinigten Staaten wird während der Weihnachtsfeierzeit 200 Menschen getötet und Leben genommen. 130 wurden allein Opfer von Autosunfällen; die Zahl der Verletzten an dem Feiertage war ebenfalls außergewöhnlich hoch.

Frankfurter Goethe-Programm

Goethes 100. Todestag am 22. März 1932 wird im Römer von Frankfurt am Main durch eine Feierlichkeit begangen werden, zu der als Redner der Frankfurter Goethe-Preisrichter Dr. Albert Schwegler bestimmt worden ist. Im August findet in Frankfurt unter Anwesenheit von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden eine Goethe-Gedächtnisfeier statt, wobei außerdem die Jahresversammlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die Jahresfestung rheinischer Dichter und eine Festwoche der Universität Goethe-Kauffungen der Theater sollen dem Gedächtnis würdevoll gewidmet werden.

Drama der Handelspolitik

Eine Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums

Die in diesem Jahrgang vom Reichswirtschaftsministerium wieder herausgegebene „Jahresberichte über den Stand der wirtschaftspolitischen Beziehungen Deutschlands im Jahre 1931“ und für die handelspolitischen Verhältnisse speziell zum 15. Dezember 1931 (Rönnings- und Lieberke Verlagsgesellschaft Berlin 29.) enthält ein erschütterndes Bild von der dramatischen Entwicklung, die die wirtschaftlichen Beziehungen der Welt im Laufe des Jahres 1931 erfahren hat. Die Berichte, die seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise auf handelspolitischem Gebiet zu deren Bekämpfung mit bestem Willen unter der Leitung des Reichswirtschafts- und zugehörigen Einzelgruppen unternommen worden sind, sind gescheitert. Die regulären handelsvertraglichen Beziehungen zwischen den einzelnen Völkern sind auf großen Gebieten der europäischen Welt und der Weltwirtschaftsgebiet zerstört oder eingeschränkt. In fast aller Welt hat sich die Erschlüpfung der Wirtschaftssysteme auf handelspolitischem Gebiet ausgebreitet.

Nach dem Jahre 1930 waren die Berichte einzelner wirtschaftlich einmündigen aufeinander abgestimmter Staaten in das Jahr 1931 hinein getrieben worden, durch eine geistliche Verhandlung untereinander die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen und nach außen wirkungsvoller zu setzen zu bringen. Hier wurden 1931 keine Fortschritte mehr gemacht. Die nordwestliche Handelsgruppe (Schweden, Dänemark, Norwegen, Schweden und Belgien) hat die wirtschaftliche Veränderung zum vollen, praktischen Ausmaß hin zu einer Ausweitung. Die nordöstliche Gruppe (Finnland und die drei Randstaaten) haben die begonnenen Verhandlungen nicht fortgesetzt. Bei der südlichen Gruppe (Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn) beschränkte sich die Zusammenfassung auf Konferenzen; das praktische Ergebnis aber war gleich Null. Bei der Welt und dem Genfer Handelsabkommen vom März 1930 erwartet, das den allgemeinen Zolltarifen, die die Wirtschaft von Europa, Asien und Südamerika, sollen in zweifachen Verhandlungen zur Geltung der Zolltarife und sonstigen Einrichtungen in den gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen kommen.

Wurde so nichts Neues geschaffen, um mit handelspolitischen Mitteln der Weltwirtschaft zu begegnen, so führte etwa seit Mitte 1931 auch das noch brauchbare Mittel auf sehr weiten Gebieten zusammen. Die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums sagt: „Konnte so nicht ein einziger der verschiedenen Pläne zur Durchführung gelangen, die auf eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten abzielten, so setzte sich im Gegenteil seit der Mitte des Jahres 1931 ein geradezu erschreckendes Anwachsen der protektionistischen

Maßnahmen in den verschiedenen Ländern. Die weitere Verschärfung der Weltwirtschaftspolitik und die dadurch herbeigeführte Enttäuschung der meisten Notenbanken der Welt von den ihnen zur Verfügung stehenden Devisen und Goldreserven hatten zur Folge, daß eine große Anzahl von Staaten sich veranlaßt sah, einschneidende Vorkehrungen zum Schutze ihrer eigenen Wirtschaft, zur Verringerung der ausländischen Einfuhr und zur Erhaltung des Devisenbestandes zu treffen. In fast allen diesen Ländern hat eine starke Propaganda für die Bevorzugung inländischer Erzeugnisse und für Abwehr ausländischer Waren eingesetzt.“ Alle diese Dinge sind so frisch in Erinnerung, daß ihre Aufzählung genügt. Die Aufzählung aber zeigt, wie furchtbar die Verhältnisse sind, die in dem wirtschaftlichen Verkehr zwischen den Völkern in dieser entsetzlichen aller Wirtschaftskrisen eingetreten sind. England gab den Freihandelsvertrag, das Reich gab den Zolltarif, die Zolltarife von 50 und 100 Prozent von England, Holland, Frankreich, Belgien, Dänemark, Italien, Dänemark, Bulgarien, Polen, Litauen, Estland und Finnland haben die Zölle erheblich erhöht oder allgemeine Finanzauflagen bei sämtlichen Tarifen erhoben. Neben der Politik der Zolltarifhebung und der Finanzauflagen hat die Methode der Einfuhrkontingentierung und der Einfuhrverbote in Frankreich, Spanien, der Schweiz, Dänemark, Schweden, Jugoslawien, Polen, Dänemark und anderen europäischen Staaten weitgehend Anwendung gefunden. In den überseeischen Ländern und in den Kolonien des britischen Imperiums ist es nicht anders. An nicht weniger als 17 europäischen und 9 überseeischen Ländern besteht eine Zwangsverpflichtung der Devisen. Es beschränkt sich aber nicht nur auf Erhaltung und rationelle Zuteilung von Devisen für Einfuhr, und gegen schädliche Kapitalverlagerung, wie das noch in Deutschland der Fall ist, sondern ein großer Teil dieser Länder benutzt die Devisenverpflichtung zu einer Zuteilung der Einfuhr, was durch eine unterirdische Zuteilung bei den einzelnen Einfuhrwaren sehr leicht möglich ist.

Das Reichswirtschaftsministerium kommt angesichts dieser Entwicklung für die deutsche Handelsbilanz zu einer pessimistischen Voraussage. Im Jahre 1931 war die deutsche Handelsbilanz noch sehr günstig. Durch starke Senkung der Einfuhr und einem sehr viel geringeren Rückgang der Ausfuhr blieb der Ausfuhrüberschuss des Jahres 1930 von 1,6 Milliarden im Jahre 1931 auf schätzungsweise 3 Milliarden Reichsmark. An diesem Punkt aber ist nach der Auffassung des Reichswirtschaftsministeriums mit Sicherheit eine Verschärfung dieses Ausfuhrüberschusses nicht mehr zu erwarten, sondern eher das Gegenteil. Die Preissteigerung bei Rohstoffen und Lebensmitteln des Weltmarktes habe sich bisher ihrem Tiefpunkt fast genähert. In der deutschen Einfuhr aber werde die Preissteigerung durch die massenhaften protektionistischen Maßnahmen ebenso sehr ungenügend beschränkt werden, wobei wohlwollend ein bestimmter Teil der deutschen Einfuhr überhaupt wegfallen wird. Auf der anderen Seite könne Deutschland die Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln nicht unbedeutend verringern, so daß unausweichlich eine Verschärfung der Handelsbilanz eintreten müßte.

Eine Minute vor 12
- Falchismus droht!
- Stänkt die Einheitsfront
der Sozialdemokratie!

